



Justizkommission, 9102 Herisau

An die Mitglieder
des Kantonsrates

Delia Schmid
Aktuarin
Tel. +41 78 708 23 12
delia.schmid@ar.ch

Herisau, 26. März 2019

0100.74

Bericht 2018 der Justizkommission inklusive Rechenschaftsbericht des Obergerichts 2018; Kenntnisnahme

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident
Sehr geehrte Damen Kantonsrätinnen
Sehr geehrte Herren Kantonsräte

A. Ausgangslage

Gestützt auf Art. 11 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Kantonsrates (bGS 141.2) unterbreitet Ihnen die Justizkommission den Bericht über ihre Prüftätigkeit 2018 sowie den Rechenschaftsbericht 2018 des Obergerichts zur Kenntnisnahme.

Ferner unterbreitet sie Ihnen den Bericht 2018 des Datenschutz-Kontrollorgans nach Art. 11 Abs. 2^{bis} der Geschäftsordnung ebenfalls zur Kenntnisnahme.

1. Prüftätigkeiten 2018

Im Berichtsjahr traf sich die Kommission zu drei Sitzungen, einer internen Weiterbildung mit dem Kantonsgerichtspräsidenten und zu fünf Sitzungen für Vorstellungsgespräche. Infolge eines Todesfalls und diverser Rücktritte mussten einige Ämter neu besetzt werden. Schliesslich traf sich ein Ausschuss der Kommission im Dezember 2018 zur Vorselektion der Kandidatinnen und Kandidaten infolge eines weiteren Rücktritts aus dem Kantonsgericht per Ende Mai 2019. Da ein nebenamtlicher Richter am 10. Februar 2019 ins Obergericht gewählt wurde und aktuell in zwei Abteilungen des Kantonsgerichts tätig ist, müssen für seine Nachfolge in der 1. und 3. Abteilung zwei nebenamtliche Kantonsrichter/innen gewählt werden.

Die Standortgespräche mit den Mitgliedern der Gerichtsleitungen, das heisst den Präsidenten und den Vizepräsidenten der beiden Gerichte, wurden am 28. November und 5. Dezember 2018 durch den Justizkommissi-



ons-Präsidenten durchgeführt und von der Aktuarin protokolliert. An den Standortgesprächen mit den Kantonsgerichts(vize)präsidenten wurde unter anderem thematisiert, dass zwischen der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) und dem Kantonsgericht einerseits und der Staatsanwaltschaft und dem Kantonsgericht andererseits Berührungspunkte und Abgrenzungsfragen bestehen, die in regelmässigen Gesprächen immer wieder geklärt werden müssen.

An den ordentlichen Sitzungen im ersten und dritten Quartal wurden die üblichen Geschäfte wie der Rechenschaftsbericht der Gerichte und namentlich auch die Informationen zu den Pendenzenzahlen mit den Gerichtspräsidien behandelt. Der Jahresbericht und der Voranschlag des Datenschutzkontrollorgans wurden an einer separaten Sitzung mit diesem besprochen.

Zuhanden des Kantonsrates, dem gemäss Art. 72 Abs. 1 KV die Aufsicht über die Geschäftsführung der Gerichte zugewiesen ist, beurteilt die Justizkommission die Situation bezüglich der Zahl der Pendenzen bei beiden Gerichten, sowohl bei den Abteilungs- als auch bei den Einzelrichterfällen, grundsätzlich wiederum als gut. Die im Jahr 2017 ergriffenen Massnahmen (Beizug eines externen Fachmannes) zur Bewältigung der hohen Geschäftslast haben sich im Jahr 2018 ausbezahlt. Mittlerweile liegen die Pendenzen in einem normalen Bereich.

Ein interkantonaler Vergleich zeigte, dass die Gerichtsbehörden im Kanton Appenzell Ausserrhoden personell eher zu tief dotiert sind. Der Kantonsgerichtspräsident hat aber zur Bewältigung des gestiegenen administrativen Aufwands im Voranschlag 2019 eine zusätzliche 50%-Gerichtsschreiberstelle (je 25% für die 2. und 3. Abteilung) beantragt, die am 3. Dezember 2018 vom Kantonsrat bewilligt wurde.

Mehrmals diskutierten die Mitglieder der Justizkommission, ob eine Anpassung der Gebührenordnung, der Verordnung über den Anwaltstarif und des Justizgesetzes in Angriff genommen werden sollte. Abklärungen innerhalb der Verwaltung haben aber ergeben, dass die Verwaltung zurzeit keine Kapazitäten hat, um eine Gesamtschau über die nötigen Gesetzesrevisionen zu machen. Zudem haben sich die Stimmberechtigten von Appenzell Ausserrhoden am 4. März 2018 für die Durchführung einer Totalrevision der Kantonsverfassung ausgesprochen, welche vor weiteren Gesetzesanpassungen abgewartet werden will.

Anfang des Jahres 2018 übernahm Delia Schmid das Aktuarat der Justizkommission, welches sie nun zusammen mit dem Aktuarat der Staatswirtschaftlichen Kommission führt.

2. Rechenschaftsbericht des Obergerichts

Auf den Rechenschaftsbericht des Obergerichts über das Jahr 2018 kann verwiesen werden. Dieser wurde an der Sitzung der Justizkommission vom 6. März 2019 mit den Gerichtspräsidien besprochen.

3. Bericht 2018 des Datenschutz-Kontrollorgans

Der Datenschutzbeauftragte, Urs Glaus, St. Gallen, erstattete seinen Jahresbericht 2018 (inkl. Voranschlag 2019) am 26. Februar 2019. Auf diesen kann verwiesen werden.



Die Justizkommission führte an der Sitzung vom 21. März 2018 das alljährliche Gespräch mit Urs Glaus, dem Datenschutz-Kontrollorgan. Bei dieser Gelegenheit erklärte Urs Glaus, er werde per Ende Amtszeit (31. Mai 2019) seinen Rücktritt als Datenschutz-Kontrollorgan einreichen. Sollte sich nicht nahtlos eine Anschlusslösung ergeben, bietet er an, das Amt auch noch ein paar Monate länger auszuüben, bis sein/e Nachfolger/in die Arbeit aufnehmen kann. Mit Schreiben vom 5. Juni 2018 brachte Urs Glaus der Justizkommission seinen Rücktritt formell zur Kenntnis. Der Präsident der Justizkommission nahm umgehend Kontakt mit Landammann Paul Signer auf, um die Nachfolgeregelung zu besprechen. Der Landammann trat daraufhin in Kontakt mit den Datenschutzbeauftragten der Kantone Graubünden und Thurgau, damit ein mögliches Zusatzpensum für den Kanton Appenzell Ausserrhoden thematisiert werden konnte. Die Abklärungen ergaben, dass die beiden angefragten Datenschützer bereits ausgelastet sind und der Datenschutzbeauftragte des Kantons Thurgau ab dem Jahr 2019 sogar ein 100%-Pensum erhalten wird. Zum aktuellen Zeitpunkt wird vom Departementssekretär des Departements Inneres und Sicherheit, Ralph Bannwart, und dem Rechtsdienst eine Leistungsvereinbarung für eine Übergangszeit bis zur Inkraftsetzung des revidierten kantonalen Datenschutzgesetzes (voraussichtlich im Jahr 2021) erarbeitet. Während dieser Zeit wird am Mandatsverhältnis festgehalten.

Weitere Themen der Sitzung mit Urs Glaus waren – neben dem Voranschlag – die Schwerpunkte seiner Tätigkeit, wobei Urs Glaus namentlich auf die Begleitung zur Revision des kantonalen Datenschutzgesetzes verwiesen hat.

4. Wahlen

Wie bereits eingangs erwähnt, galt es im Berichtsjahr diverse Ersatzwahlen vorzunehmen.

Ursula Hanselmann, nebenamtliche Kantonsrichterin an der 1. Abteilung, trat per 31. Mai 2018 zurück. Für ihren vakanten Sitz gingen achtzehn Bewerbungen ein. Einige Mitglieder der Justizkommission haben zusammen mit dem Kantonsgerichtspräsidenten Pius Gebert (ohne Stimmrecht) aus den eingegangenen Bewerbungen eine Vorauswahl getroffen und in der Folge vier Kandidatinnen zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen. Die Justizkommission kam nach diesen Vorstellungsgesprächen zum Beschluss, dass eine Kandidatin aufgrund ihrer Persönlichkeit, ihrer Ausbildung sowie insbesondere auch aufgrund ihrer bisherigen Tätigkeit für das Amt geeignet ist. Dem Antrag der Justizkommission und somit der Wahl von Barbara Büchler, Speicher, als nebenamtliche Kantonsrichterin kam der Kantonsrat am 7. Mai 2018 nach.

Martin Walt, Vermieter-Vertreter der Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht, hatte ebenfalls per Ende Mai seinen Rücktritt bekannt gegeben. Für den vakanten Sitz sind zwei Bewerbungen eingegangen, welche beide zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen wurden. Die Justizkommission befand darauf hin, dass sich beide Kandidaten für das Amt eignen. Es handelte sich um Manuela Mutti, Herisau und um Ruedi Aerni, Herisau. Da am 1. Februar 2018 zudem Thomas Bühler, Präsident der Schlichtungsbehörden für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht und für Diskriminierung im Erwerbsleben verstorben ist, musste auch für ihn eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger bestimmt werden. Auf das publizierte Inserat bewarb sich eine Person, welche auch zum Vorstellungsgespräch eingeladen wurde. Die Justizkommission befand, dass die Bewerberin Pascale Sigg-Bischof, Teufen, welche bis dahin die stellvertretende Präsidentin der beiden Schlichtungsbehörden, Vermieter-Vertreterin der Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht und Arbeitnehmende-Vertreterin der Schlichtungsstelle bei Diskriminierung im Erwerbsleben war, für das Amt geeignet ist. Da es sich abzeichnete, dass Pascale Sigg-Bischof für das Präsidium der Schlichtungsstellen in Frage kommt, musste auch ihr bisheriges Amt als Präsident-Stellvertreterin der Schlichtungsstellen für Miete



und nichtlandwirtschaftliche Pacht und bei Diskriminierung im Erwerbsleben neu besetzt werden. An der Kantonsratsitzung vom 7. Mai 2018 wurden Manuela Mutti, Ruedi Aerni und Pascale Sigg-Bischof gemäss Antrag gewählt.

Auf das Inserat als Präsident-Stellvertreterin der Schlichtungsstellen für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht und bei Diskriminierung im Erwerbsleben ging eine Bewerbung ein. Der Kandidat Ilir Selmanaj, Trogen, erschien für das Amt geeignet und wurde am 24. September 2018 vom Kantonsrat gewählt. Da Ilir Selmanaj seit 2016 nebenberuflich als Mietervertreter der Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht im Amt ist, musste wiederum für ihn ein/e Nachfolger/in bestimmt werden. Auf ein entsprechendes Inserat gingen sechs Bewerbungen ein. Nach einem Vorstellungsgespräch mit zwei Bewerbern schlug die Justizkommission die Bewerberin Claudia Bachmann-Eugster, Heiden, für das Amt vor. Ihre Ergänzungswahl in den Kantonsrat erfolgte ebenfalls am 24. September 2018.

5. Beendigung der Tätigkeit der Justizkommission

Mit Beginn des Amtsjahres 2019/2020 übernimmt die zukünftige Geschäftsprüfungskommission des Kantonsrates (GPK) die Aufsicht der Gerichte. Pendenzen im engeren Sinne übergibt die Justizkommission der GPK keine. Die Revision der Besoldungsverordnung für die gerichtlichen Organe (inkl. Schlichtungsstellen) ist jedoch ein Themenbereich, der nicht mehr abgeschlossen werden konnte. Es wäre sinnvoll, den Anpassungsbedarf vertieft zu prüfen.

Die Justizkommission bedankt sich bei der kantonalen Verwaltung, insbesondere dem Departementssekretär und langjährigen Aktuar Ralph Bannwart und der aktuellen Aktuarin Delia Schmid für die Beratung und tatkräftige Unterstützung, sowie dem Kantonsrat und Regierungsrat für das Vertrauen in die korrekte und rechtmässige Arbeit bei der Erfüllung der vielfältigen Geschäfte. Ein grosser Dank gebührt auch den Gerichtspräsidenten und den Gerichtsvizepräsidenten sowie den Mitgliedern des Obergerichts, des Kantonsgerichts und der Schlichtungsbehörden für die hohe Qualität ihrer täglichen Arbeit zum Wohle der Ausserrhoder Justiz, welche uns die Tätigkeit als Oberaufsichtsinstanz erleichtert hat. Wir wünschen der GPK des Kantonsrats und der neuen Kommission für Inneres und Sicherheit viel Elan und Freude bei der Erfüllung der anstehenden Aufgaben.

6. Begnadigungen

Im Berichtsjahr sind bei der Justizkommission, wie schon in den Vorjahren, keine Begnadigungsgesuche eingereicht worden. Es bestehen auch keine Pendenzen.



B. Antrag

Die Justizkommission beantragt Ihnen, von folgenden Berichten Kenntnis zu nehmen

1. Bericht 2018 der Justizkommission;
2. Rechenschaftsbericht 2018 des Obergerichts;
3. Bericht des Datenschutzkontrollorgans über die Tätigkeit im Jahr 2018.

Im Namen der Justizkommission

sign. Jürg Wickart

Jürg Wickart, Präsident

Beilagen

Beilage 1

Rechenschaftsbericht 2018 des Obergerichts

Beilage 2

Bericht des Datenschutzkontrollorgans für das Jahr 2018